



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



5877/13

(OR. en)

PRESSE 41

PR CO 5

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3219. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 4. Februar 2013

Präsident

Eamon GILMORE

Stellvertretender Premierminister (Tánaiste) und
Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel
(Irland)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat erörterte auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen die Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates am 7. und 8. Februar.

Ferner erörterte er das vom irischen Vorsitz vorgelegte Arbeitsprogramm.

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

PROGRAMM DES VORSITZES	6
------------------------------	---

VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES	7
--	---

– Tagung im Februar	7
---------------------------	---

– Tagung im März	7
------------------------	---

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*JUSTIZ UND INNERES*

– Rückübernahmeabkommen mit Kap Verde.....	8
--	---

HANDELSPOLITIK

– Veterinärabkommen EU-Schweiz	8
--------------------------------------	---

– Allgemeines Präferenzsystem - Aserbaidschan und Iran	8
--	---

– Allgemeines Präferenzsystem - Sonderregelung	9
--	---

KERNENERGIE

– Euratom/ Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel - Verlängerung des Abkommens	9
--	---

VERKEHR

– Kontrolle von Flüssigkeiten an Flughäfen.....	9
---	---

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen
Angelegenheiten**Bulgarien:**

Ivan NAYDENOV

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten**Dänemark:**

Nicolai WAMMEN

Minister für europäische Angelegenheiten

Deutschland:

Michael LINK

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Estland:

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

Irland:

Eamon GILMORE

Stellvertretender Premierminister (Tánaiste) und Minister
für auswärtige Angelegenheiten und Handel
Staatsministerin für europäische Angelegenheiten (Amt
des Premierministers und Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten und Handel)

Lucinda CREIGHTON

Griechenland:

Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Bernard CAZENEUVE

Staatsminister für europäische Angelegenheiten beim
Minister für auswärtige Angelegenheiten**Italien:**

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Kornelios KORNELIOU

Ständiger Vertreter

Lettland:

Edgars RINKĒVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Vytautas LEŠKEVIČIUS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige
Angelegenheiten**Ungarn:**

Enikő GYŐRY

Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten**Malta:**

Marlene BONNICI

Ständige Vertreterin

Niederlande:

Pieter DE GOOIJER

Ständiger Vertreter

Österreich:

Reinhold LOPATKA

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten**Polen:**

Piotr SERAFIN

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten**Portugal:**

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische
Angelegenheiten

Rumänien:

Titus CORLĂTEAN

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und
Außenhandel

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

.....
Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Vizepräsident
.....

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Vesna PUSIĆ

Ministerin für auswärtige und europäische
Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

PROGRAMM DES VORSITZES

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über das für die Dauer von dessen Amtszeit (Januar bis Juli 2013) geplante Programm des irischen Vorsitzes¹.

Der Vorsitz will sich auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- Stabilität sichern: Hier stehen die Bankenunion, das *Europäische Semester* und die nächste Phase der Reformen für die Wirtschafts- und Währungsunion im Mittelpunkt.
- Investitionen in nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze: Zu den wichtigsten Aufgaben gehören ein Binnenmarkt für die Zukunft einschließlich des digitalen Binnenmarkts, die Jugendarbeitslosigkeit und ein intelligentes und nachhaltiges Wachstum.
- Europa und die Welt: Beiträge zum Einsatz für Frieden, Demokratie und Wohlstand, Vorrang für bilaterale Handelsabkommen mit den wichtigsten Partnern, einschließlich der Vereinigten Staaten.

¹ http://www.eu2013.ie/media/eupresidency/content/documents/EU-Pres_Prog_A4.pdf

VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

– *Tagung im Februar*

Der Rat prüfte einen Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates am 7./8. Februar.

Der Europäische Rat wird ersucht werden, Einvernehmen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2014-2020 zu erzielen. Ferner wird er über den Handel und die Außenbeziehungen (Arabischer Frühling und Mali) beraten.

Der Entwurf von Schlussfolgerungen wird anhand der Beratungsergebnisse des Rates überarbeitet.

– *Tagung im März*

Der Rat prüfte den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 14./15. März ([5639/13](#)).

Im Mittelpunkt der Beratungen des Europäischen Rates sollen folgende Themen stehen:

- Wirtschaftspolitik: *Europäisches Semester*, Pakt für Wachstum und Beschäftigung
- Außenbeziehungen: Beziehungen zu strategischen Partnern; spezifische Fragen (je nach Entwicklung der Lage).

Auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird der Rat auf seiner Tagung am 11. März eine weitere Beratung abhalten.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**JUSTIZ UND INNERES****Rückübernahmeabkommen mit Kap Verde**

Der Rat nahm einen Beschluss über die Unterzeichnung eines Abkommens mit der Republik Kap Verde über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt an ([14544/12](#)).

Der Rat beschloss überdies, dem Europäischen Parlament einen Entwurf des Beschlusses über den Abschluss des Abkommens zur Billigung zu übermitteln ([14546/12](#)).

HANDELSPOLITIK**Veterinärabkommen EU-Schweiz**

Der Rat billigte den Standpunkt, der von der EU in Bezug auf die Änderung des Anhangs 11 des Abkommens zwischen der EU und der Schweiz über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ("Veterinärabkommen") zu vertreten ist ([16724/12](#)).

Mit dem Standpunkt der EU wird die Gleichwertigkeit der schweizerischen Rechtsvorschriften und der jüngsten Änderungen der EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf tierische Nebenprodukte und den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung mit Bedingungen anerkannt. Der Vorschlag enthält auch eine Anzahl technischer Aktualisierungen des Abkommens.

Allgemeines Präferenzsystem - Aserbaidshan und Iran

Der Rat beschloss, den Erlass einer Verordnung durch die Kommission nicht abzulehnen, mit der Aserbaidshan und Iran von der Liste der Länder, die das Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU in Anspruch nehmen können, gestrichen werden.

Nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der APS-Verordnung (978/2012) kommt ein Land, das von der Weltbank in drei aufeinanderfolgenden Jahren als ein Land mit hohem Einkommen oder als ein Land mit mittlerem Einkommen/obere Einkommenskategorie eingestuft wurde, nicht in den Genuss der allgemeinen APS-Regelung. Aserbaidshan und Iran wurden 2010, 2011 und 2012 von der Weltbank als Länder mit mittlerem Einkommen/obere Einkommenskategorie eingestuft. Mit dem Entwurf der Kommission wird Anhang II der APS-Verordnung entsprechend geändert.

Bei dem Entwurf der Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Da der Rat nunmehr zugestimmt hat, kann die Verordnung in Kraft treten, sofern das Europäische Parlament keine Einwände geltend macht.

Allgemeines Präferenzsystem - Sonderregelung

Der Rat beschloss, den Erlass einer Verordnung durch die Kommission, mit der Verfahrensvorschriften zur Gewährung einer Sonderregelung für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung ("APS+") im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems der EU (APS) festgelegt werden, nicht abzulehnen.

Im Entwurf der Kommission werden insbesondere die Fristen sowie die Antragstellung und Antragsbearbeitung geregelt.

Bei dem Entwurf der Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Da der Rat nunmehr zugestimmt hat, kann die Verordnung in Kraft treten, sofern das Europäische Parlament keine Einwände geltend macht.

KERNENERGIE

Euratom/ Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel - Verlängerung des Abkommens

Der Rat nahm einen Beschluss über die Zustimmung zum Abschluss eines Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und der Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel (KEDO) durch die Kommission an.

Die KEDO wurde gemäß einem Übereinkommen errichtet, das 1995 zwischen der Republik Korea, Japan und den Vereinigten Staaten geschlossen und 1997 geändert wurde.

Weitere Informationen: [//www.kedo.org/](http://www.kedo.org/).

VERKEHR

Kontrolle von Flüssigkeiten an Flughäfen

Der Rat beschloss, den Erlass einer Verordnung durch die Kommission nicht abzulehnen, mit der die Verpflichtung aller EU-Flughäfen, bis zum 29. April 2013 eine Sicherheitsüberprüfung für alle Flüssigkeiten, Aerosole und Gele einzuführen, aufgehoben wird ([17200/12](#)).

Beschränkungen, die für diese Produkte gelten, bleiben zunächst bestehen, da weiterhin die Vorschrift gilt, dass Flüssigkeiten nur dann in Sicherheitsbereichen mitgeführt werden dürfen, wenn sie kontrolliert wurden oder von der Kontrolle ausgenommen sind.

Nachdem die Kommission die Situation bezüglich der Kontrolle von Flüssigkeiten auf EU-Flughäfen bewertet hat, ist sie zu dem Schluss gekommen, dass die obligatorische allgemeine Einführung einer solchen Kontrolle bis Ende April dieses Jahres Risiken für die Betriebsabläufe mit sich bringen würde und dass die beste Möglichkeit, sowohl ein hohes Sicherheitsniveau als auch eine reibungslose Abwicklung der Fluggastformalitäten zu gewährleisten, eine schrittweise Aufhebung der Beschränkungen ist.

Der Verordnungsentwurf unterliegt dem Regelungsverfahren mit Kontrolle; nachdem der Rat nun seine Zustimmung erteilt hat, kann die Kommission die Verordnung erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.
